

Datum: 08. Juli 2015

## Platz für Bauschutt und belastetes Erdreich

Eileen Blädel

**Lange ins Auge gefasst, jetzt genehmigt und beschlossene Sache: Die Erddeponie Rittersdorf wird von 2017 an auch leicht belastetes Material aufnehmen. Der Kreistag hat der Erweiterung für 2,6 Millionen Euro zugestimmt. Insgesamt soll dort Raum für 157 500 Kubikmeter geschaffen werden: Das sind etwa 15 000 LKW-Ladungen.**

Rittersdorf/Bitburg. Irgendwo muss das hin: ausgedientes Mauerwerk, Backsteine, Dachziegel oder Straßenbruch. Los werden will es die Bauwirtschaft, vor allem der Straßenbau, wie Ansgar Dondelinger von der Verwaltung des Eifelkreises sagt. Doch zurzeit müssen die Firmen für die Entsorgung von leicht belastetem Material, zum Beispiel durch Teer oder Schwermetalle, weit fahren - bis ins Ruwertal.

Bereits vor drei Jahren hat der Kreistag deshalb beschlossen, genau für solche Materialien Platz zu schaffen: auf der Erddeponie Rittersdorf. Jetzt hat die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord grünes Licht dafür gegeben, dass diese erweitert werden darf - und der Kreistag hat den Ausbau für 2,6 Millionen Euro einstimmig durchgewinkt.

### Baubeginn im Frühjahr

Wenn alles nach Plan läuft, wird im kommenden Frühjahr mit dem Bau begonnen - mit dem ersten Abschnitt, ein weiterer folgt zwei Jahre später. Ab 2017 kann auf der Rittersdorfer Deponie dann leicht belastetes Material angenommen werden, insgesamt sollen dafür dort 157 000 Kubikmeter zur Verfügung stehen - bei einer hochgerechneten Anliefermenge von jährlich 12 000 Kubikmetern auf eine Laufzeit von etwa 13 Jahren. Eine Ausdehnung von etwa drei Hektar hat der neue Deponieabschnitt, der über einen bereits vorhandenen angelegt werden soll, der teils ehemaliges Bauschuttfeld, teils ehemalige Mülldeponie ist.

Denn ganz neu ist das nicht: Ein Teil der Deponie Rittersdorf diente dem Kreis bereits von 1978 bis 1993 zur Entsorgung von leicht belastetem Bauschutt. Nach der Schließung der Hausmülldeponie in Plütscheid im Jahr 2005 wurden auch dort noch bis 2012 leicht belastete Böden als Abdeckschicht verwertet. Seitdem besteht im Kreis keine Entsorgungsmöglichkeit mehr für belastete Stoffe. Deponien, die auch geringer belastetes Material annehmen, gibt es in Sehlem und Mertesdorf - weitere im nördlichen Saarland oder südlichen Nordrhein-Westfalen.

"Es wird Zeit", meldet sich deshalb auch Wolfgang Francois (CDU) in der Kreistagssitzung zu Wort. Nico Steinbach (SPD) betont, es müssten künftig keine weiten Wege mehr in Kauf genommen werden, was sich dann auch in den Kalkulationen widerspiegeln - deshalb sei das Projekt "interessant für die Kommune und die einheimischen Betriebe".

Fragen hat der Kreistag zur Sicherheit, die Wilma Köppen vom Amt Abfallwirtschaft aber aus dem Weg zu räumen weiß: Strenge Kontrollen sollen dafür sorgen, dass auch tatsächlich nur Bauschutt auf der Deponie landet.

Auch die Bürger hätten nichts zu befürchten, wie der Kreis auf TV-Anfrage bestätigt: "Eine Prüfung hat ergeben, dass erhebliche Auswirkungen auf Schutzgüter - Boden, Wasser, Luft - durch das Vorhaben nicht zu erwarten sind", sagt Dondelinger. Aufgrund der Entfernung zu den Häusern sei auch "nicht von Lärm-, Geruchs- und Staubbelästigungen auszugehen".

Eins bleibt allerdings offen: Zwar soll zunächst nur Bauschutt aus dem Kreisgebiet auf der Deponie entsorgt werden, sagt Wilma Köppen, doch ob diese künftig nicht doch auch für andere Kreise geöffnet werde, darüber entscheidet dann nicht mehr der Kreis, sondern der Zweckverband (siehe Extra). Köppen selbst sieht darin keinen Nachteil: Mit einer entsprechenden Auslastung seien die Bewirtschaftungskosten positiv zu beeinflussen.

Denn nicht zuletzt soll der neue Deponieabschnitt über eine kostendeckende Gebühr, die die Nutzer zahlen, finanziert werden. Die liegt nach aktuellem Planungsstand in Rittersdorf bei 12,80 Euro pro Tonne Erdaushub - und damit wesentlich niedriger als in Mertesdorf: 21,20 Euro pro Tonne.

### Extra

Die Abfallwirtschaft der Kreise Bitburg-Prüm, Vulkaneifel, Bernkastel-Wittlich, Trier-Saarburg sowie der Stadt Trier soll von 2016 an im **Zweckverband Abfallwirtschaft im Raum Trier** gebündelt werden. Den Zweckverband haben die Stadt Trier und der Kreis Trier-Saarburg bereits 1973 gegründet. Vom Abfuhrsystem bis hin zu den Gebühren soll innerhalb von zehn Jahren alles vereinheitlicht sein. Die Zuständigkeit für die Verwertung des Mülls liegt dann künftig nicht mehr bei den einzelnen Kommunen, sondern beim Zweckverband.